



*Achim Albrecht / Gesine Bade /
Andreas Eis / Unve Jakubczyk /
Bernd Overwien (Hrsg.). Jetzt erst
recht: Politische Bildung! Be-
standsaufnahme und bildungspoli-
tische Forderungen, 2020, Frank-
furt/M: Wochenschau.*

In dem Sammelband diskutieren 23 Autor*innen bildungspolitische Themen, um Debatten über eine Stärkung der politischen Bildung voranzutreiben. Der Schlachtrufsatz im Buchtitel passt zum Kern des Sammelbandes, denn Thesen und Ansätze kulminieren in den bildungspolitischen Forderungen „Wann, wenn nicht jetzt? Erklärung zur politischen Bildung in den Schulen“, die im Anhang zu lesen sind. Sie sind Ergebnisse einer Grundsatztagung der Universität Kassel und der Evangelischen Akademie, die im Oktober 2018 mit Unterstützung der GEW stattfand. Die Erklärung beinhaltet bemerkenswerte Forderungen, wie die konkrete Implementierung politischer Bildung in den Bildungsplänen der Grundschulen ab dem ersten Schuljahr oder die verbindliche Ausstattung von Schüler*innenvertretungen mit finanziellen Mitteln.

Die Autor*innen beziehen sich in dem Sammelband auf gesellschaftliche Veränderungen, d.h. auf eine Zunahme autoritärer Denkmuster, rechtsnationale Tendenzen und intransparent wahrgenommene Bearbeitungen globaler Probleme (S. 7). Damit politische Bildung auf diese Veränderungen reagieren kann, werden bildungspolitische Anpassungen der Rahmenbedingungen für Lerner vom frühkindlichen bis zum erwerbstätigen Alter und für benachteiligte gesellschaftliche Gruppen diskutiert.

Ein Forschungsbericht zum Grundschulalter beschreibt, dass Kinder ausdifferenziertes politisches Fachwissen sowie Vorstellungen von Politik haben und untermauert damit eindrucksvoll die Forderung nach einer Stärkung politischer Bildung von Anfang an. Für das andere Ende von Bildungsgängen wird argumentiert, dass Lernenden an berufsbildenden Schulen zu wenig Raum gegeben werde, ihr berufliches Handeln gesellschaftlich zu reflektieren. Politikdidaktik müsse zudem den Lernfeldansatz stärker als Gestaltungsaufgabe wahrnehmen.

Um sozial benachteiligte Lerner*innen bei der Herausbildung eines partizipatorisch kritisch-emanzipatorisches Bewusstsein zu unterstützen, wird Paulo Freires Pädagogik der Unterdrückten diskutiert. Durch eine Anwendung von Freires Pädagogik könnten Lerner*innen soziale Realitäten durchdringen, statt sich sozial anzupassen und Lehrer*innen würden von der Unwahrheit befreit werden, Schüler*innen an „Restschulen“ eine Perspektive bieten zu können. Wenige Seiten vorher wird hingegen die Auswertung einer Fallstudie in der sechsten Klasse einer Gesamtschule mit außerschulischen Akteuren vorgestellt und gezeigt, dass in Klassen, in denen die Hälfte einen Migrationshintergrund hat und einige Schüler*innen besonderen Förderbedarf benötigen, Selbstwirksamkeitserfahrungen und partizipatorische Prozesse initiiert werden konnten.

Ein integratives Hauptfach Politische Bildung, ob und wie es zu begründen und realisierbar ist, gehört zu den markantesten Diskussionsthemen des Sammelbandes. Inhaltsleeren Kompetenzen sei hierfür durch eine Rückkehr zur Curriculums-Entwicklung eine bildungs- und gesellschaftsorientierte Fundierung entgegensetzen. Die Ausbildung von Lehrer*innen würde sich professionalisieren, indem zwei der beteiligten Disziplinen als ordentliche Fächer studiert werden müssten. Insbesondere fächerübergreifende epochaltypische Schlüsselprobleme, die sich für ein solches Hauptfach eignen würden, könnten dann professionell und unter den oben genannten Rahmenbedingungen sachangemessen unterrichtet werden. Die Forderungen nach einem Hauptfach Politische Bildung ist nicht in die Erklärung eingegangen. Es wird zu sehen sein, ob dieser Vorschlag weiter gedacht, in anderen Zusammenhängen diskutiert und dann auch als politische Forderungen formuliert werden wird.

„Was sollen wir denn noch alles tun?“ fragt die Teilnehmerin der Podiumsdiskussion über politische Handlungsspielräume politischer Bildung, die am Ende dokumentiert wird. Der Sammelband reagiert auf diese Frage und stellt einer breiten Öffentlichkeit Herausforderungen und mit der Erklärung konkrete bildungspolitische Wege zur Lösung vor.

Stephan Benzmann